



Liebe Mitbürger*innen,

warum veranstalten wir diesen Schweigekreis „Nein zur Vertreibung von Palästinenser*innen aus Ost-Jerusalem“?

Seit 1972 sind die palästinensischen Bewohner*innen des Viertels Sheikh Jarrah, nördlich der Altstadt von Jerusalem, von Vertreibung bedroht. Mehrere israelische Gerichtsbeschlüsse zugunsten einer Siedlerorganisationen, die auf diesem Gelände bauen möchte, lassen eine Zwangsäumung zu.

Die Geschichte dieses Viertels, und insbesondere des Landes von "Karm al-Jaouni", begann 1956. In jenem Jahr wurde ein Abkommen zwischen der jordanischen Regierung und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) unterzeichnet, das die Unterbringung von 28 palästinensischen Flüchtlingsfamilien vorsah, die 1948 während der Nakba vertrieben worden waren. Gemäß der Vereinbarung wurde jeder Familie ein Haus und ein Grundstück in "Karm al-Jaouni" zugeteilt, mit dem Mandat, dass die Grundbesitzurkunden nach drei Jahren auf den Namen der Familien eingetragen werden würden. Dies hat nie stattgefunden - eine Tatsache, die Siedlerorganisationen nun nutzen, um den Besitz von "Karm al-Jaouni" zu beanspruchen.

Anfang 2021 erließ das Jerusalemer Besatzungsgericht eine neue Entscheidung. Insgesamt droht 28 palästinensischen Familien oder etwa 550 Personen in den nächsten Monaten die Vertreibung und Deportation aus Jerusalem, vor allem, weil die Besatzungsgerichte völlig voreingenommen gegenüber den Siedlern sind und sich immer wieder weigern, die Ansprüche und Forderungen der palästinensischen Bewohner*innen zu berücksichtigen.

Die Menschen von Sheikh Jarrah fordern u.a.:

1. Wir akzeptieren nicht die Rechtsprechung des Besatzungsgerichts zugunsten von Siedlerorganisationen, die offen daran arbeiten, Jerusalem vollständig zu judaisieren und es von seinen palästinensischen Bewohnern ethnisch zu säubern.
2. Wir fordern die internationale Gemeinschaft mit all ihren Institutionen auf, strikte öffentliche diplomatische und politische Maßnahmen zu ergreifen, um die Kriegsverbrechen der israelischen Besatzung und ihre fortgesetzte Politik der Zwangsvertreibung, ethnischen Säuberung und Judaisierung im Sheikh Jarrah Viertel zu verurteilen. Wir fordern sie auf, Druck auf die Besatzungsmacht auszuüben, damit sie ihre Vertreibungs-, Siedlungsbau- und Kolonialpolitik in allen anderen Vierteln des besetzten Jerusalems, wie z.B. im Batn el Hawa-Viertel in Silwan, stoppt.
3. Wir fordern das Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) auf, den Flüchtlingen im Viertel Sheikh Jarrah Schutz zu gewähren, deren Flüchtlingsstatus und Leistungen 1956 im Austausch für ein Versprechen, das nie erfüllt wurde, entzogen wurden und die Massenumsiedlung von mehr als 500 Palästinensern ablehnt.
4. Wir fordern, dass die jordanische Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt und die israelischen Behörden nachdrücklich auffordert, die Eigentumsrechte der Bürger an ihren Häusern unmissverständlich anzuerkennen. Wir appellieren an Seine Majestät König Abdullah bin Al Hussein, politisch Stellung gegen die ungerechte Besatzungspolitik zu beziehen, die das gesellschaftliche Gefüge von Sheikh Jarrah zerreißt und Hunderte von Menschen auf die Straße treibt.



Wir fordern: Bundesregierung und EU müssen für den Schutz aller Menschen in Israel/Palästina eintreten!